

## Gastkommentar

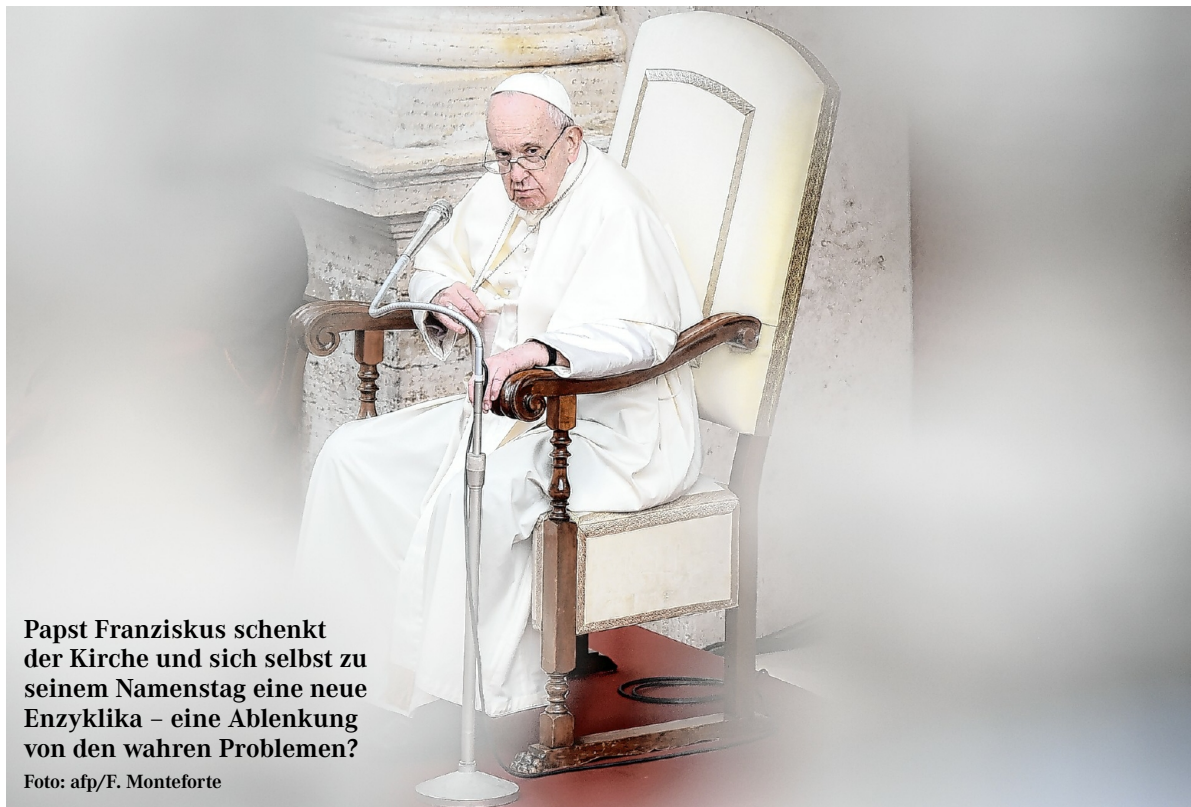
von Bettina und Philipp Trof

150 Jahre Erstes Vatikanum – das Jubeljahr zu dem Konzil (1869/1970), auf dem sich die Kirche das Unfehlbarkeitsdogma gab, ist – das kann man jetzt schon sagen – ein „Annus horribilis“. Der gescheiterte Missbrauchsgipfel im Februar 2019, der Fehlschlag der Amazonas-Synode im vergangenen Oktober und das reaktionäre Schreiben der Kleruskongregation „Die pastorale Umkehr der Pfarrgemeinde im Dienst der missionarischen Sendung der Kirche“ vom heurigen Juli zeigen überdeutlich: Es ändert sich nichts.

Das weltfremde, fast zynische Begleitschreiben „Die Kirche und der Skandal des sexuellen Missbrauchs“ des emeritierten Papstes Benedikt XVI. bringt es unmissverständlich auf den Punkt: Von den „Heiligkeiten“ kommt keine Bitte um Verzeihung, keine Reue, keine Empathie für die Opfer. Dagegen Schuldverteilung auf „die 68er“, „Sportlehrer“ und eine „übersexualisierte“, vom „Teufel“ befallene Gesamtgesellschaft. So unterschiedlich die Päpste auch sind, hier klingen sie beide gleich.

## Eine neue Enzyklika als Ablenkung?

Ähnlich war es bei der Amazonas-Synode. Franziskus schürte Hoffnung, dass unter Umständen Priester bestimmter Regionen nicht im Zölibat leben müssten. Monatlang hielt die katholische Welt den Atem an: Würde er seine Ankündigungen wahr machen oder wieder vor Tradition und Kurie in die Knie gehen? Kurz vor der Abschlusserklärung preschte erneut Benedikt XVI. vor. Ein Buch, gemeinsam mit dem erzkonservativen Kardinal Robert Sarah, stellt sehr scharf den Standpunkt der Tradition klar. Und nach dem sehnstüchtig erwarteten nachsynodalen Schreiben „Querida Amazonia“ von Papst Franziskus im Februar machte sich tiefe Enttäuschung breit: Er musste – entgegen seinen Beteuerungen – schmachlich einräumen, weder die Tür zu Weihe verheira-



Papst Franziskus schenkt der Kirche und sich selbst zu seinem Namenstag eine neue Enzyklika – eine Ablenkung von den wahren Problemen?

Foto: afp/F. Monteforte

## Das Unredlichkeitsdogma

Warum die Hoffnungen des Papstes nicht in Erfüllung gehen können.

teter Männer noch jene zur Frauordnung öffnen zu können.

Nun die nächste Peinlichkeit: Zu seinem Namenstag als Papst macht sich Franziskus selbst ein „großartiges“ Geschenk: seine dritte Enzyklika, die von der sozialen Freundschaft nach Corona, von multilateralem Wir-Gefühl und natürlich vom Klimawandel handelt. Alles säkulare Angelegenheiten, um die sich sonst UNO, Politik und NGOs kümmern. Hat die Kirche nicht genug eigene ungelöste Fragen? Soll das Schreiben wieder nur von den wesentlichen Problemen der Kirche ablenken? Dazu der Titel, für den sich der Sprecher des Papstes bereits langatmig entschuldigen musste: „Fratelli tutti“ („Brüder alle“). Wer hätte's gedacht? Frauen spielen keine Rolle. Zumindest hat die Enzyklika damit einen medialen Aufreger im Gender-Mainstream.

Verwunderlich ist, dass Laien wie Experten, Beobachter wie Akteure immer wieder überrascht sind, dass es stets so und nicht anders kommt. Dabei reicht das einfache Verständnis der katholischen Dogmatik, um das jedes Mal vorherzusehen. Zwar sind all diese Signale der Aussichtslosigkeit aktuell, stehen aber 150 Jahre nach dem Ersten Vatikanischen Konzil in stringenter Tradition des dort beschlossenen Unfehlbarkeitsdogmas.

Wir haben es hier keinesfalls mit kleinen akademischen Unredlichkeiten zu tun, wie sie sich Politiker bisweilen im Wahlkampf erlauben. Es ist vielmehr eine unverföhrene Kirchenvolksverdummung: Derselbe Papst Franziskus, der fortwährend Hoffnung auf Veränderungen macht, weiß nicht nur, dass ihre Erfüllung unmöglich ist, sondern er muss die Entscheidungen seiner Vorgänger im-

mer weiter tradieren. Deshalb ist es naiv, anzunehmen, dass sich die katholische Kirche – unter welchem Papst auch immer – je aus ihrer Felsenstarre lösen könnte. Eher ginge der Papst seines Amtes verlustig und würde selbst – ipso facto – exkommuniziert, als dass nur ein Dogma zurücknehmbar wäre. Universalprimat und Unfehlbarkeitsdogma lassen sich heute nur noch gewaltsam exekutieren, wie das verheerende Schreiben der Kleruskongregation vom Juli deutlich gezeigt hat.

Die Initiative „Der synodale Weg“ ist unter kirchenrechtlichen Aspekten sogar eine Farce: Deutsche Bischöfe, die anerkanntermaßen noch weniger zu sagen haben als der Papst, machen Hoffnung auf eine Lockerung des Zölibats oder auf die Frauenweihe und wissen doch, dass es nicht geht. 55 Jahre nach Ende des Zweiten Vatikanischen Konzils

dient der medial und finanziell groß aufgemachte „Synodale Weg“ nur dazu, den letzten Reformern, die noch an einen Aufbruch glauben, nochmals zu vernebeln, dass die Kirche keine Chance mehr hat, dem Sendungsauftrag Jesu Christi nachzukommen.

## Eine Änderung der Kirche ist weder möglich noch gewollt

Die Kirche kann sich nicht ändern, selbst wenn sie es wollte. Und: Sie will sich nicht ändern, selbst wenn sie es könnte. Ihr „Geschäft“ läuft trotz allem glänzend, auch ohne zeitgemäße Reformen. Das merken auch zunehmend die Gläubigen. Die aktuelle Kritik an der katholischen Kirche kommt vor allem aus Mitteleuropa, Australien und Nordamerika.

Die katholische Kirche steht in den kommenden Jahrzehnten vor einem eklatanten Schwund ihrer Mitglieder in jenen Regionen. Eine Studie aus dem Vorjahr im Auftrag der deutschen Kirchen kommt zu dem Ergebnis, dass die Zahl der Katholiken sich in den nächsten 30 Jahren halbieren werde. Verantwortlich dafür seien allerdings nicht nur die allgemeine Alterung, sondern vor allem Kirchenausstritte und Taufunterlassungen. Durch die Corona-Krise und die mit ihr noch schneller nachlassende Bindewirkung der Kirche müssen diese Zahlen mittlerweile dramatisch nach oben korrigiert werden. Dagegen stehen Afrika, Asien und Südamerika an der Spitze der Zuwachsraten und stellen heute schon die Mehrheit aller Christen. Deshalb konzentriert sich die Kirche auf diese Bereiche. ■

## Zu den Autoren

**Philipp Trof** studierte Theologie, Philosophie und Psychologie, 2016 empfing er die Priesterweihe, Ende 2017 wurde er durch die Amtskirche mit Berufsverbot belegt, nachdem er sich offen zu seiner Frau **Bettina Trof** bekannt hatte. Die beiden haben gemeinsam das Buch „Todesursache: Unfehlbarkeit!“ veröffentlicht.

## Gastkommentar

von Otmar Lahodynsky

Der Autor ist Präsident der Association of European Journalists (AEJ) und war Europa-Redakteur beim Nachrichtenmagazin „profil“.

Alle Beiträge dieser Rubrik unter: [www.wienerzeitung.at/gastkommentare](http://www.wienerzeitung.at/gastkommentare)

## Neue EU-Politik gegenüber Belarus

Die EU-Staats- und Regierungschefs beraten bei ihrem Gipfeltreffen über Sanktionen gegen das Regime in Belarus. Die EU erkennt Langzeitdiktator Alexander Lukaschenko nicht länger als legitimen Präsidenten an. Die Wahlen am 9. August seien grob gefälscht worden, verkündete der EU-Außenbeauftragte Josep Borell am 15. September. Doch danach konnten sich die EU-Außenminister nicht auf Sanktionen einigen, weil Zypern Strafmaßnahmen auch gegen die Türkei forderte. Es war höchste Zeit, dass die EU auf Distanz zu einem der letzten Diktatoren Europas ging. Lukaschenko hatte mit seinem kritischen Kurs gegenüber Moskau viele EU-Politiker geblendet und im Konflikt um die Ukraine lange Zeit geschickt die Vermittlerrolle eingenommen. Der „Minsker Prozess“ brachte zwar keine dauerhafte Friedenslösung zwischen Russland und der Ukraine, verhinderte aber über Vermittlung der OSZE eine weitere Eskalation und schuf einen rechtlichen Rahmen für einen Dialog. In der Folge konnte

sich Lukaschenko von der russischen Umklammerung teilweise lösen, blieb aber wirtschaftlich weiter abhängig. Fast die gesamte Energie bezieht Belarus vom großen Nachbarn, auch fast die Hälfte der weißrussischen Exporte gehen nach Russland.

Nach dem Aufflammen der Massenproteste suchte Lukaschenko schnell Wladimir Putins Beistand. Dieser gewährte ihm 1,5 Milliarden Euro Finanzhilfe und versprach auch militärische Hilfe. Jetzt kann der Kreml über den geschwächten und auf Linie gebrachten Lukaschenko ungestört Belarus in den Zangengriff nehmen. So soll es Pläne geben, Steuerwesen und Außenhandel zusammenzulegen. Auch über eine gemeinsame Währung wird spekuliert. Russische Oligarchen haben es auf manche Staatsbetrie-

be in Belarus abgesehen. Lukaschenko könnte freilich bald wieder zur Last für den Kreml werden. Laut Experten ist es denkbar, dass er innerhalb eines Jahres fallen gelassen und durch einen neuen Politiker, dem Putin vertraut, ersetzt wird.

*Nach der dringend nötigen Distanzierung von Lukaschenko sollte die EU nun zum Mediator werden.*

Die EU hat viel zu lange an ihm festgehalten. Einige EU-Länder konnten mit Belarus gute Geschäfte machen. So hat die teilstaatliche A1 Telekom Austria eine Tochterfirma gegründet, die dort zu den größten Mobilfunkanbietern gehört. Freilich drehte A1 auf Druck Lukaschenkos regelmäßig vor Demos den Internetzugang – und damit den Oppositionellen die Kommunikationskanäle – ab. Nicht nur der besonders gewaltsame Einsatz der Sicherheitskräfte gegen friedliche Demonstranten hat die EU zu Recht auf Distanz

zu Lukaschenko gebracht. Es war auch die Verhaftung aller noch in Weißrussland verbliebenen Mitglieder des siebenköpfigen Koordinierungsrates der Opposition. Nur die Literatur-Nobelpreisträgerin Swetlana Alexijewitsch wurde bisher noch nicht verhaftet. Die 72-jährige Schriftstellerin und Journalistin wagt offene Kritik am Regime. Doch nun hat auch sie die Heimat verlassen, für einige Vorträge, meinte sie und kündigte eine Rückkehr nach Minsk an. Vor zwei Wochen tourte Ex-Kulturminister Pawel Latuschko, der sich nach den Wahlen der Bürgerbewegung angeschlossen hatte und daraufhin als Theaterdirektor gefeuert worden war, durch mehrere EU-Länder. Seine klare Botschaft: „Recht und Verfassung existieren nicht mehr in Belarus.“ Von der EU erwarte er, sich für eine internationale Untersuchung des Wahlbetrugs einzusetzen, so Latuschko. Die EU könnte insgesamt ein Mediator für eine Demokratisierung des Landes sein. Doch dafür fehlen noch Einigkeit und ein Konzept.